



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

1/VI/194 - 22.3.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

SONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 76 54-59

Fernschreiber 039 890

Es gibt keine Alternative	S. 1
Schuman kommt Ostflüchtlinge auf	S. 4
Kieler Manipulationen mit dem Landesetat 1951	S. 5
Aus der Friedrich-Ebert-Allee erfahren wir ...	S. 7

Der Schuman-Plan als deutsches Opfer ?

Von Dr. Adolf Arndt, M.d.B.

Zuweilen wird mir von wohlmeinenden Fragern zu bedenken gegeben, daß zwar alle Einwendungen gegen den Schuman-Plan-Vertrag in seiner gegenwärtigen Form gewiß richtig sein und unter "normalen" Umständen den Vertrag zweifellos unannehmbar machen mögen. Aber, so fügt man hinzu, ließen nicht doch die Nachwirkungen der hitlerischen Verbrechen und die gegenwärtige Lage Deutschlands gleichwohl die Zustimmung zu diesem Vertrage als notwendig erscheinen? Gebe es überhaupt eine andere Alternative, und müsse nicht gerade Deutschland bis zum Alleräußersten gehen, um auf dem Wege nach Europa ein Beispiel zu geben und insbesondere einen Rückzug der USA aus Europa abzuwenden? Die so fragen, meinen es sicherlich ernst.

Ernste Fragen erfordern eine ernste Antwort, umso mehr als diese Frage im Kern der Sache trifft, nämlich die politische Einbettung des Schuman-Plan-Vertrages. Denn alles Argumentieren darüber, daß Deutschland angeblich "innerhalb" des Schuman-Planes gleichberechtigt sei (als ob es sich nicht gerade darum handelte, durch diesen Vertragsschluß auch außerhalb der Montanunion gleichberechtigt zu werden!), ist ebenso unehrlich, wie es eine bewußt nur halbe Diskussion bleibt, wirtschaftlich Inhalt und Wirkung des Vertrages zu erörtern, aber seine politische Tragweite zu verschweigen.

Eine Kette von Ereignissen aus jüngster Zeit bietet zwingende Anhaltspunkte für eine Stellungnahme zu dieser Frage, ich meine: Die Saarnote der Westalliierten, die Entscheidung der Ruhrbehörde über den Kohlenexport, das Inkrafttreten der Hohen Kommission wegen der Besatzungskosten und den Stand der Verhandlungen zur Ablösung des Besatzungsstatuts. Diese Liste ist leider keineswegs vollständig. Man kann auch den Fall Kemnitz, die Auslandsschuldenfrage, die fortdauernde Enteignung der deutschen Patente und anderes mehr hinzufügen.

Der schwerwiegende Punkt der Saarnote ist die verschleierte Behauptung einer Teilung Deutschlands, indem unterstellt wird, daß die Saar kein Teil der Bundesrepublik mehr sei. Die vom Bundestag geforderten Vorstellungen der Bundesregierung sind in einer demütigenden Form abgetan worden und sachlich ohne jede Antwort geblieben. Nicht einmal der Schimmer einer Hoffnung für die verfassungstreue Opposition an der Saar, von dem Verbot eines polizeistaatlichen Regimes befreit zu werden, zeigt sich am Horizont.

Die Entscheidung der Ruhrbehörde beweist den hemmungslosen Machtwillen, die Bundesrepublik als erobertes Land zum Rohstoffzwangslieferanten zu machen. Wir müssen unsere Kohle für 40,-M je Tonne ausführen, aber amerikanische Kohle für 118,-M je Tonne beziehen, so daß der Devisenerlös der gesamten westdeutschen Kohlenexporte noch nicht einmal ausreicht, um die um ein Vielfaches geringere Menge der amerikanischen Importkohle zu bezahlen! Das sind nichts anderes als Reparationen aus der laufenden Produktion. Sie vermehren die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in Deutschland und machen eine menschenwürdige Zuteilung von Hausbrand unmöglich.

Die Tatsache, daß uns nach wie vor einseitig Besatzungskosten auferlegt werden, ist unvereinbar mit der Propaganda für einen freiwilligen deutschen Verteidigungsbeitrag. Die Höhe der Besatzungskosten verrät die Absicht, den deutschen Wiederaufbau zu drosseln, und macht Probleme wie die Eingliederung der Heimatvertriebenen vollends unlösbar. In die gleiche Richtung geht das Verlangen der Westalliierten, auch bei einer künftigen Ablösung des längst überfälligen Besatzungsstatuts die "supreme authority", die wirkliche Oberherrschaft über Deutschland sich vorzubehalten.

Ihre entscheidende Bedeutung gewinnt die in solchen Tatsachen bekundete Grundhaltung der westlichen Besatzungsmächte aber aus dem Umstand, daß alle diese Maßnahmen getroffen wurden nach dem Petersberger Abkommen, nach Deutschlands Eintritt in den Europarat, nach der Unterzeichnung des Schuman-Plan-Vertrages, und nach dem seit Jahr und Tag wiederholten ungefragten und mit dem Grundgesetz unvereinbarten Angebot Adenauers zu einem bewaffneten Beitrag. Es hat keinen Sinn, daß Blücher heute für seine Person aus der Ruhrbehörde herauswill; denn der unabsehbare Schaden einer freiwilligen Anerkennung der Ruhrbehörde durch das verfassungswidrig abgeschlossene Petersberger Abkommen wird dadurch nicht aus der Welt geschafft. Ebenso trägt Schäffer bei seinem Canossagang auf den Petersberg die Bleigewichte seiner sogenannten "Kleinen Steuerreform", die durch ihre unangemessene Begünstigung der Großverdiener ja erst den Luxus einer kleinen, aber umso verantwortungsloseren Schicht ermöglichte. Erfolglos müssen auch Ehrhards Bemühungen um Rohstoffeinführen aus dem Westen bleiben, da seine mit der Währungsreform begonnene freie Marktwirtschaft einen übermäßigen Verbrauch derer, die es sich leisten können, und die Engpässe in den Grundstoffindustrien zur Folge hatte.

Das alles steht in unlösbarem Zusammenhang. Und die Wurzel des ganzen Übels ist jene aus Illusionen geborene Adenauersche Politik der bedingungslosen Vorleistung und der Unterwerfung. Irgendeine Gefahr, daß die Westmächte, insbesondere die USA, sich aus Deutschland - es sei denn (nach den Worten Senator Tafts) einem Deutschland der verbrannten Erde - zurückziehen, existiert allein in einer unehrlichen und unanständigen Propaganda. Die Elbe ist strategisch ebenso und mehr noch Amerikas eigene Grenze als der 38. Breitengrad, und ein Aufgeben der Ruhr würde eine schlimmere Niederlage Amerikas im Kalten Krieg bedeuten als der Verlust Chinas.

Die Lösung kann nur durch die Erkenntnis kommen, daß der Weg in ein geeintes Europa, dessen rettende Notwendigkeit von keinem Volke so bejaht und so ersehnt wird wie vom deutschen Volke, nicht ohne Deutschland, sondern mit Deutschland möglich ist. Wir müssen uns deshalb einer, unsere freiwillige Leistung ausschließenden Unterwerfung um Europas willen versagen, damit wir endlich

im wahren Sinne dem Westen, dessen Ideale unsere Ideale sind, als Freunde und Verbündete wort werden. Deutschland zu einem westlichen Satelliten zu machen (und nach den handgreiflichen Beweisen der Gegenwart würde die Zukunft des Pariser Schuman-Plan-Vertrages auf nichts anderes hinauslaufen), mag uns für den Augenblick einen (gar nicht um unserer selbst willen geleisteten) militärischen Schutz erkaufen. Aber die Zustimmung unserer deutschen Jugend und jede Aussicht auf eine deutsche Demokratie wäre damit verspielt. Wer Europa gewinnen will, muß die Freundschaft mit Deutschland wagen. Wer Deutschland im Schuman-Plan opfert, opfert Europa.

+ + +

Fl u c h t w e s t w ä r t s

KRK, Malmö, im August

Flüchtlinge aus den östlichen Paradiesen verursachen in Deutschland kaum noch Aufsehen: Die gibt es dort zu Tausenden, und sie strömen täglich über die Grenzen der Bundesrepublik. Bis zum Jahre 1949 konnte man einen starken Flüchtlingsstrom vor allem aus der Ostzone und aus Polen auch nach Schweden beobachten. Im Laufe der Zeit wurde jedoch die Küstenbewachung an der ostdeutschen und polnischen Küste so wirkungsvoll, daß dieser Flüchtlingsstrom beinahe aufgehört hat. Umso größeres Aufsehen erregen die Flüchtlinge, denen es dennoch gelingt, die schützende schwedische Küste zu erreichen. Denn die Umstände, unter denen solch eine Flucht vorgenommen werden kann, gestalten sich immer dramatischer. Und die schwedische Bevölkerung nimmt mit Recht an, daß die Lage in den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang wirklich verzweifelt sein muß, wenn Flüchtlinge solche Gefahren auf sich nehmen, um aus den seligen Gefilden der Sowjetherrschaft zu entweichen.

Im Laufe weniger Tage hat sich in Südschweden folgendes ereignet: Zwölf Mann der dreißig Mann starken Besatzung eines polnischen Küsterwachtschiffes, der Kriegsmarine zugehörig, meutern auf offener See, sperren die Offiziere und die übrige Mannschaft unter Deck und steuern der schwedischen Küste zu. In Ystad steigen sie an Land und erklären, sich als politische Flüchtlinge zu betrachten. Sie verlangen vom schwedischen Staate Asyl. Einige Tage zuvor meutern drei baltische Seeleute auf einem russischen Boot. Sie sperren die übrige

Mannschaft unter Deck und steuern ebenfalls der schwedischen Küste zu. Sie geraten in Seenot, werden von einem schwedischen Lotsenboot an Land geholt und verlangen ebenfalls Asyl als politische Flüchtlinge. - Eine Gesellschaft von vier jüngeren Polen, darunter eine Frau, fliegt in einem selbstverfertigten Flugzeug, das aus den Teilen eines halben Dutzends verschiedentypiger Flugzeuge zusammengesetzt ist, von einer versteckten polnischen Waldwiese nach Schweden. Nach dramatischem Flug erreichen sie den Flugplatz in Malmö, wo sie wohlbehalten landen. Sie erzählen, daß sie das Flugzeug in jahrelanger Arbeit gebaut haben. Der Abflug war jedoch entdeckt und das Flugzeug beschossen worden. Daß die Flucht gelingt, ist als ein reines Wunder zu bezeichnen. - Im Öresund springt ein deutscher Koch aus der Ostzone von einem russischen Boot und bringt sich bei Hälssingborg schwimmend in Sicherheit. Ein Kamerad ertrinkt bei dem gleichen Versuch. - Von vielen Fällen, in denen die Flucht mißglückt und vielleicht mit dem Tode der Beteiligten endet, hört die Öffentlichkeit nichts. - Alle diese geglückten Fluchtunternehmungen haben, wie gesagt, auf die schwedische Öffentlichkeit einen tiefen Eindruck gemacht; sie wiegen schwerer als die ganze schönmalende Propaganda aus den östlichen Paradiesen.

Die schwedische Flüchtlingspolitik wurde in den Fällen, da es sich um Meuterer handelt, auf eine harte Probe gestellt, denn Meuterer sollen ausgeliefert werden. Die an die schwedische Regierung gestellten Auslieferungsbegehren wurden jedoch rundweg abgelehnt. Allen obgenannten Flüchtlingen wurde also der Flüchtlingsstatus zuerkannt, was bedeutet, daß sie unter dem Schutze des schwedischen Staates stehen, der ihnen nicht nur das Aufenthaltsrecht gewährt, sondern ihnen auch Anstellungen als freie Arbeiter verschafft. Die schwedische Flüchtlingspolitik ist also auch in diesen Fällen folgerichtig. Sie entspricht den humanen Grundsätzen der demokratischen Welt.

+ + +

144 Millionen DM Defizit auf 2,4 Millionen Einwohner

E.M., Kiel, im August

Die sogenannte Kieler Krise, seit der Bildung des Kabinetts Lübke aus Wahlblock (CDU, FDP, DP) und BHE "offiziell" beendet, doch nach Ansicht der Beobachter untertäniglich noch immer weiterschwendend,

hatte u.a. zur Folge, daß die Beratungen über den Landeshaushalt 1951 von Monat zu Monat verschoben werden mußten. Ministerpräsident Lübke mußte daher seit dem 25. Juni ohne einen Pfennig regieren. Erst Mitte August war es möglich, den neuen Etat unter erheblichen Schwierigkeiten durchzuziehen.

Der ordentliche Haushalt für 1951 weist 397,6 Mio. M an Einnahmen und 541,1 Mio. M an Ausgaben auf; das Defizit beträgt rund 143,5 Mio. M. Der außerordentliche Haushalt schließt in Einnahmen und Ausgaben mit rund 182 Mio. M.

Bis sich jedoch der Landtag auf diese Summen einigte, kam es über die Höhe des Defizits zu stundenlangen, teilweise geradezu kurios anmutenden Debatten, Es war Lübkes Bestreben nachzuweisen, daß seine fünf Besuche in Bonn - die Kritiker bezeichneten sie als "Bittgänge nach Canossa" - dem Land zwar keine greifbaren Subventionen, doch immerhin gewisse Zusagen auf weitgehende Finanzhilfen eingebracht hätten.

Unter Buchung dieser Bonner "Versprechungen" auf die Seite der Aktiva sowie durch rigorose Abstriche auf dem sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Sektor bemühte sich Finanzminister Waldemar Kraft (BHE), den Fehlbetrag im Landesetat mit nur rund 58 Mio. M zu errechnen. Das erschien umso erstaunlicher, als Kraft noch vor wenigen Wochen - er stand damals in einer gewissen Opposition gegenüber dem Wahlblock - verkündet hatte, das Defizit sei auf 233 Mio. M angewachsen.

Doch der Landtag lehnte diese Finanzmanipulationen, die der Koalitionsregierung einen politischen Starterfolg einbringen sollten, ab. Eugen Lechner (SPD) sprach von einem "künstlich gedrosselten Defizit", das der Bevölkerung gegenüber eine Unehrlichkeit und gegenüber der Bundesregierung und den Bundesländern eine politische Unklugheit sei, da sich dadurch Schleswig-Holstein seiner berechtigten Ansprüche auf Sonderfinanzhilfen begeben. Selbst bei größter Sparsamkeit, sowie bei großzügigstem Ansatz erhöhter Steuereingänge und Finanzausgleichszahlungen durch die Länder bleibe noch ein Defizit von mindestens 108,9 Mio. M. Die Gesamtverschuldung Schleswig-Holsteins aber habe nach einer früheren Berechnung des Finanzministers drei Viertel Mrd. M erreicht.

Auf Initiative der Oppositionspartei einigte sich der Landtag, von einer Streichung von Haushaltsansätzen produktiven und sozialen Charakters weitgehend abzusehen. Lechner hatte besonders hervorgehoben, daß gerade das Zonengrenzland Schleswig-Holstein die Aufgabe habe, sein soziales Niveau zu heben. Die Verringerung des Arbeitslosenstands sei immer noch der beste Verteidigungsbeitrag. Dafür aber sollte selbst ein höheres Defizit in Kauf genommen werden. Finanzminister Kraft wurde sogar ermächtigt, weitere Kredite bis zu 220 Mio. M für das laufende Rechnungsjahr, bis zu 19.2 Mio. für 1949 und bis zu 75,3 Mio. M für 1950 aufzunehmen.

Schleswig-Holstein kann nunmehr nach drei Monaten Stagnation wieder planen und arbeiten. Der so dringend benötigte, sichtbare Erfolg ist der neuen Regierung mit den größtenteils alten Ministern freilich versagt geblieben. Das Haushaltsdefizit von 143,5 Mio. M und die Gesamtverschuldung von 750 Mio. M bei nur 2,4 Mio. Einwohnern beweisen allzu deutlich, wie wenig der Landtag geneigt ist, an die "Versprechungen" zu glauben, die Lübke von seinen Parteifreunden Dr. Adenauer und Dr. Schäffer als nahezu einzige Aktiva mitgebracht hat. Andererseits aber demonstriert dieser Fehlbetrag, das Schleswig-Holstein als "Staat" kaum lebensfähig ist und eine Länderreform im Norden immer dringlicher wird.

+ + +

Probleme des Vorschlag

Die politische Journalistik gebraucht gern Orts-, Straßen- und Gebäudenamen anstelle von schwerfälligen und sich häufig wiederholenden Bezeichnungen. Man sagt: Bonn, Quai d'Orsay, Weißes Haus und meint die Bundesregierung, das französische Auswärtige Amt und das State Department.

Zu dieser Ehre kam alsbald nach dem Ende des Krieges auch Hannover. Das Wort hatte von Beginn an einen scharf akzentuierten Klang und es stand für "Vorstand der SPD". Wie sehr es sich eingebürgert hat beweist, daß es heute noch, fast drei Monate nach dem Umzug dieses Vorstandes von Hannover nach Bonn, immer wieder als politischer Deckname verwandt wird. Gerade eben hieß es in einer großen "Zeitschrift für Kultur und Politik": "...Es bedürfte dazu einiger Entschlüsse in Washington, London und Paris, in Bonn und Hannover ..." und in einer Wochenzeitung las man: "Diese scharfe Formulierung geschah (!), als man in Hannover annahm ..."

Die Anhänglichkeit an diesen Städtenamen freut uns. Aber der Name stimmt nun einmal nicht mehr. Andererseits ist für solchen Zweck die Friedrich-Ebert-Allee (in Bonn) doch gewiß ausgezeichnet geeignet. Freilich soll es niemandem benommen sein, aus alter Liebe bei Hannover zu bleiben - es schwingt da ein Unterton mit, auf den mancher wohl ungern verzichtet ...